

Vertraulich !

Ministerratsprotokoll Nr. 67
vom 2. April 1921

Anwesend:

Bundeskanzler Dr. M a y r sowie die Bundesminister Dr. G l a n z, Dr. P a l t a u f und
H e i n l.

Zugezogen:

zu Punkt 1: Vom Bundesministerium für Äußeres: Konsul R e i n i n g h a u s;
„ „ 2: Präsident der Polizeidirektion S c h o b e r und vom Bundesministerium für
Heereswesen: Sektionschef M ü l l e r und Major S c h w a r z l e i t n e r.

Vorsitz:

Bundeskanzler Dr. M a y r

Dauer: 18.30 – 19.30

*Reinschrift (3 ½ Seiten), Konzept, unterfertigte Präsenzliste, zweifaches Stenogramm, kein
Beschlussprotokoll*

I n h a l t:

1. Beschlüsse der Botschafterkonferenz, betreffend die Stände der Polizei und Gendarmerie, die militärischen Schulen und die Bewaffnung der Brückenköpfe.
2. Rückreise des ehemaligen Kaisers in die Schweiz.

1.

*Beschlüsse der Botschafterkonferenz, betreffend die Stände der Polizei und Gendarmerie, die
militärischen Schulen und die Bewaffnung der Brückenköpfe.*

Der V o r s i t z e n d e teilt mit, daß ihm nachstehendes Telegramm des Generals
H a l l i e r zugekommen sei:

„In ihrer Sitzung vom 1. April hat die Botschafterkonferenz die Fragen, betreffend die

Stände der Polizei und Gendarmerie, die militärischen Schulen und die Bewaffnung der Brückenköpfe von Tulln, Krems und Wien geprüft, welche Fragen durch die österreichische Regierung zur Diskussion gestellt worden sind.

Folgender Beschluß ist gefaßt worden:

Alle vom Botschafterrate bereits gefaßten Entschließungen über die Durchführung der militärischen und aeronautischen Bestimmungen des Vertrages von St. Germain und insbesondere die Entschließungen, die die besonderen oben erwähnten Fragen betreffen, sind endgültig und ohne Aufschub durchzuführen.

Die österreichische Regierung wird benachrichtigt werden, daß in dem Falle, als diese Beschlüsse nicht durchgeführt würden, die alliierten Hauptmächte Zwangsmaßregeln prüfen würden, die in Anwendung zu kommen hätten.

Das Ersuchen der österreichischen Regierung um Überprüfung der früheren angefochtenen Beschlüsse durch ein Schiedsgericht ist vom Rate als im Widerspruch mit den Bestimmungen des Artikels 149 des Vertrages von St. Germain abgewiesen worden.“

Nach diesen Beschlüssen der Botschafterkonferenz erscheine Redner ein weiterer Widerstand gegen die Forderungen der Alliierten nicht mehr möglich. Da ihm überdies bei den Besprechungen in London und Paris bedeutet worden sei, daß die Hilfe der Alliierten in wirtschaftlichen und finanziellen Fragen wesentlich davon abhängt, ob Österreich die ihm auferlegten Bedingungen ohne weitere Verzögerungen erfüllt, erübrige wohl nichts anderes, als die zuständigen Ministerien anzuweisen, den in Rede stehenden Forderungen ohne Aufschub gerecht zu werden.

Der Ministerrat pflichtet dieser Auffassung bei.

2.

Rückreise des ehemaligen Kaisers in die Schweiz.

Über Ersuchen des V o r s i t z e n d e n berichtet Polizeipräsident S c h o b e r über den Verlauf der gestern und heute beim Bundeskanzler stattgefundenen Besprechungen mit den Vertretern der drei politischen Parteien über die Modalitäten des Rücktransportes des ehemaligen Kaisers. Von Seite der sozialdemokratischen Vertreter sei zum Ausdruck gebracht worden, daß der Transport durch österreichisches Gebiet nur dann gestattet werden könnte, wenn Vertreter der politischen Parteien beigezogen würden. Weiters sei das Verlangen gestellt worden, daß auch ein Vertreter der sozialdemokratischen Eisenbahnerorganisation, ferner Wehrmachtsoffiziere mit einem Mannschaftsdetachement den Zug zu begleiten hätten, um allfälligen Ausschreitungen wirksam zu begegnen. Da bei der gestrigen Beratung keine

definitiven Beschlüsse gefaßt werden konnten, seien die Besprechungen heute fortgesetzt worden. Einleitend habe der Bundeskanzler mitgeteilt, daß Italien, England und Frankreich dem ehemaligen Kaiser eine Ehreneskorte mitzugeben beabsichtigen und den Wunsch geäußert hätten, daß der Zug durch Polizei gesichert werde. Nationalrat Dr. A d l e r habe nunmehr namens der sozialdemokratischen Partei die Erklärung abgegeben, daß die inzwischen erfolgte Erörterung der Frage der Zuziehung der Wehrmacht in der „Reichspost“ die Angelegenheit zu einer Prestigefrage gemacht habe. Wenn dem Wunsch der sozialdemokratischen Partei nicht Rechnung getragen werden würde, müßte die Partei jede Verantwortung ablehnen und werde die Öffentlichkeit hievon in den morgigen Tagesblättern in Kenntnis setzen. Über seine Auffassung befragt, habe Redner erklären müssen, daß er in diesem Falle allerdings die Verantwortung für eine gesicherte Durchfahrt nicht übernehmen könne.

Der V o r s i t z e n d e teilt mit, daß er von der Sachlage und insbesondere von dem Verlangen der sozialdemokratischen Partei die Ententevertreter informiert habe; eine Antwort sei jedoch bisher noch nicht eingelangt.

B.-M. Dr. G l a n z bemerkt, es sei ihm die Nachricht zugekommen, daß Nationalrat Dr. D e u t s c h im Bundesministerium für Heereswesen bereits eine Auswahl des Begleitdetachements treffe. Wenn die Wehrmacht zur Begleitung herangezogen werden müsse, so könne die Auswahl der betreffenden Personen selbstverständlich nur durch den verantwortlichen Ressortminister erfolgen. Er müsse ausdrücklich erklären, daß jede andere Lösung dieser Frage für ihn von vorneherein ausgeschlossen sei.

Nach einer eingehenden Debatte, an welcher sich außer dem Vorsitzenden noch die B.-M. H e i n l, Dr. P a l t a u f sowie Polizeipräsident S c h o b e r beteiligten und in deren Verlauf auch die Möglichkeit des Transportes mittels Automobils erörtert wurde, einigt sich der Ministerrat dahin, daß dem Transporte, sofern die Durchführung mittels Sonderzuges erfolgen solle, ein vom Bundesminister für Heereswesen auszuwählendes Wehrmachtdetachment beizugeben ist, vorausgesetzt, daß die Ententevertreter keine Einwendung dagegen erheben. Andernfalls wäre der Transport Mittels von der Entente anzusprechender Automobile zu bewerkstelligen. Die näheren Bestimmungen hinsichtlich des Transportes werden dem Präsidenten der Polizeidirektion überlassen.

Stenogramm

<p>2/IV. 67. ½ 7 Uhr Schober Müller, Schober, Reininghaus, Major Schwarzleitner</p>	<p>67. 2./4. 21.</p>
<p>Mayr: Ultimatum des Heeresüberwachungs-Ausschusses bezüglich ... der Waffen.</p> <p>Reininghaus: In ihrer Sitzung von 1.4. hat die Botschafterkonferenz die Fragen betrefflich die Stände der Polizei und Gendarmerie, betreffend militärischer Schulen und betreffend der Brückenköpfe geprüft.</p> <p>Entschliebung gefasst: Alle Entscheidungen, die bisher vom Botschafterrat gefasst worden sind, betrefflich der Anwendung der militärischen ... und ... Klassen des Vertrages und insbesondere die, welche sich auf die Sache beziehen</p> <p>Ebenso durch ein Schiedsgericht im Sinne Artikel 149 zurückgewiesen.</p> <p>Mayr: Man hat uns in Paris beim Obersten Rat schon darauf aufmerksam gemacht, dass es in Österreich keinen Widerstand gibt. Man hat uns daran erinnert, dass man in vollster Freundschaft mit uns über den Wiederaufbau verhandelt und dass wir daher alle Widerstände aufgeben müssen. Ich habe geantwortet, wir müssten das tun, weil wir unsere Rechte verteidigen müssten und dass wir auch auf die Parteien Rücksicht nehmen müssten, die von uns verlangt haben, den letzten Schritt zu unternehmen. Es wurde gesagt, es sei zwecklos und würde nur den guten Beziehungen und der Hilfsaktion schaden. Ich habe das auch im auswärtigen Ausschuss mitgeteilt. Ich bringe das dem Ministerrat zur Kenntnis. Neue Wege des Widerstands sind ausgeschlossen.</p> <p>Glanz: Hallier hat gesagt, die Ablieferung der Waffen muss am Dienstag beginnen, sonst schwerste</p>	<p>Mayr: Bericht Ultimatum der ehemaligen Heeresüberwachungs-Kommission. General Hallier, Oberst Gosset.</p> <p>Reininghaus: In ihrer Sitzung von 1.4. hat die Botschafterkonferenz geprüft.</p> <p>Die vorliegende Entschliebung gefasst worden, alle Entscheidungen, die bisher gefasst worden sind, betreffend - - - und insbesondere die, welche sich auf das Ersuchen der österreichischen Regierung auf eine Revision dieser Beschlüsse, sind von der Botschafterkonferenz zurückgewiesen. Der Artikel - -</p> <p>Mayr: In Paris hat man uns darauf aufmerksam gemacht, dass es für Österreich keinen Widerstand mehr gibt. Man verhandle über den Wiederaufbau und man müsse all diese Widerstände aufgeben. Ich habe entgegnet, dass wir als Regierung unsere Rechte zu wahren haben. Andererseits haben wir auch Rücksicht auf die Partei zu nehmen, welche das wollte. Man hat das eingesehen und gesagt, dass die Entscheidung endgültig [sei].</p> <p>Es würde der Hilfsaktion schaden. Ich habe im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten darauf hingewiesen. Man hat unsere Hartnäckigkeit anerkannt. Brückenkopf von Wien gibt es nicht. Ich glaube, das zur Kenntnis bringen zu müssen und glaube, weitere Wege gibt es nicht.</p> <p>Glanz: Hallier war bei mir-. Das Kriegsmaterial muss am Dienstag zu übergeben begonnen werden.</p>

<p>Konsequenzen.</p> <p>Mayr: Jetzt muss man den Empfang bestätigen und die Auslieferung anordnen.</p> <p>Glanz: Vielleicht könnte man in die Note an das Heeresamt.</p> <p>Angenommen.</p>	<p>Mayr: Wir hatten den Empfang zu bestätigen und die Auslieferung anordnen. [12] //</p> <p>Glanz: Wäre ein ...stand hineinzunehmen, dass wir hineinschreiben, dass in Paris der Eindruck gewonnen wurde, dass ein weiterer Widerstand nutzlos ist. Mayr einverstanden.</p> <p>Mayr: Der Dr. Adler lässt mich rufen.</p>
<p>Schober: Es fand gestern beim Bundeskanzler eine Besprechung statt, welcher zugezogen waren Vertreter der Sozialdemokraten, der Christlichsozialen Partei und der Großdeutschen Partei. In dieser Besprechung hat der Bundeskanzler zur Diskussion gestellt, die Art und Weise, in welcher der Rücktransport in die Schweiz erfolgen soll. Von den sozialdemokratischen Vertretern wurde zum Ausdruck gebracht, dass der Transport durch Österreich nur dann gestattet [sei], wenn Vertreter der politischen Parteien mitgehen könnten. Es wurde auch das Verlangen gestellt, dass auch ein Vertreter der sozialdemokratischen Eisenbahnerorganisation, ferner Wehrmachtsoffiziere mit dem ... Wehrmacht den Zug begleiten, Begründung, dass der politische Vertrauensmann der Parteien, der den Transport leitet, [10] gezwungen sein könnte, wenn sein Einfluss nicht ausreicht, die den Demonstranten friedlich gesinnte Wehrmacht zur Abwehr bereit stehen.</p> <p>Es ist die gestrige Beratung nicht zu einem definitiven Beschluss gelangt.</p> <p>Heute wieder Besprechung beim Bundeskanzler mit Vertretern der drei politischen Parteien.</p> <p>Bundeskanzler hat mitgeteilt, dass Italien, England und Frankreich gesagt haben, dass sie eine reine Eskorte mitzugeben wünschen. Stabsoffiziere und Mannschaft. Und sie hätten den Wunsch, dass Polizei den Zug sichert.</p> <p>Adler hat nämlich der Partei erklärt, dass die heutige Verlautbarung in der „Reichspost“, die Frage der Teilnahme in der Wehrmacht, zur einer Prestigefrage geführt habe, weil dort von England verlangt wurde,</p>	<p>Schober: Gestern Besprechung beim Bundeskanzler. Zugezogen waren Vertreter der drei Parteien. Hiezu hat der Herr Bundeskanzler gesagt:</p> <p>Die Mittel und Wege bereit lassen, in welcher der Rücktransport in die Schweiz erfolgen soll. Hiezu in Wien ein Gesetz, dass der Transport durch Österreich nur dann gestattet wird, wenn Vertreter der politischen Parteien mitgehen, außerdem ein Vertreter der sozialdemokratischen Eisenbahnerorganisation, ferner Wehrmachtsoffiziere mit einem Zug Wehrmacht.</p> <p>Begründung, dass, wenn der Einfluss nicht mehr reiche, dass die Wehrmächte bereit stehen.</p> <p>Die gestrige Beratung war nicht zu einem Beschluss gelangt.</p> <p>Heute 4 Uhr Nachmittag neuerliche Besprechung. Zur Kenntnis gebracht, dass England, Frankreich und Italien wünscht mitzugeben ihren Eskorte der Entente Stabsoffiziere und Mannschaft. Polizei soll den Zug sichern.</p> <p>Adler hat darauf erklärt, dass die heutige Verlautbarung in der „Reichspost“ eine Prestigefrage gemacht hat. Die Parteien können nicht zurück.</p>

<p>dass die Wehrmacht nicht mitfährt.</p> <p>Wenn diesem Wunsch nicht Rechnung getragen würde, so würde jede Verantwortung abgelehnt. Sonst würde morgen in allen Blättern verlautbart werden, dass Verhandlungen mit der Regierung gescheitert und der Kaiser durchfährt.</p> <p>Ich wurde gefragt, ob ich dann Verantwortung übernehme. Ich habe verneint. Unter diesen Umständen könnte es Die Herren haben verschiedene Wünsche geäußert, man solle den Zug durch Jugoslawien führen. Der Bundeskanzler hat das zur Kenntnis genommen, um es den Entente-Vertretern mitzuteilen.</p> <p>Die Sozialdemokraten haben dann gleich weitergesprochen über die ... und angenommen, dass die Regierung nachgeben wird. Der Bundeskanzler hat erklärt, er werde das Verlangen, über Jugoslawien zu führen und das Verlangen, wenn durch Österreich geht mit der Wehrmacht, den Entente-Vertreter mitteilen. Es wurde vereinbart, dass bedingungsweise ein Extrazug ginge, der in Fehring den Kaiser aufnimmt und dann die Route über Graz, Selzthal, Bischofshofen nach ...</p> <p>Mayr: Eine Entscheidung der Entente habe ich noch nicht. Die Engländer drängen sehr, weil sie sagen, Österreich verzögert und der Kaiser sagt, er geht überhaupt nicht weg.</p> <p>Wenn die Ententler(?) zusammen über</p> <p>Heinl: Ich halte es für eine Geschmacklosigkeit, eine reine parteimäßige Truppen zur Eskorte des ehemaligen Kaisers von Österreich zu bedienen. Nachdem die Sozialdemokraten erklären, sie können keine Garantie übernehmen, so hat die Regierung umso weniger eine Garantie übernommen. Dann wird der Kaiser eben in Steinamanger bleiben. Eventuell Weg mit Auto.</p> <p>Mayr: Da haben die Sozialdemokraten gesagt, da bleibt die Verantwortung der Regierung. Das höchste</p>	<p>Wenn dem Wunsch nicht Rechnung getragen [wird], lehnen sie jede Verantwortung ab. Wenn nicht bis 8 Uhr Abends, so stehe morgen in allen Parteiblättern, dass der Kaiser durchfähre und dass sie jede Verantwortung ablehnen. //</p> <p>Ich habe erklärt, dass ich die Verantwortung nicht übernehmen kann. Denn diese Verlautbarung tut nicht ist ja ganz deutlich.</p> <p>Zug über Belgrad.</p> <p>Der Herr Bundeskanzler zur Kenntnis genommen und wollte das den Entente-Vertretern mitteilen.</p> <p>Die Sozialdemokraten haben aber angenommen, dass die Regierung nachgeben wird in dieser Frage. Der Bundeskanzler hat erklärt, dass, wenn über Österreich, dass nur der Wunsch den Entente-Vertretern zur Kenntnis bringen, dass ihm Offizier und sechs Mann.</p> <p>Nur bedingungsweise, wenn Extrazug, der in Fehring den Kaiser aufnimmt und über Leoben Selzthal Bischofshofen in die Schweiz bringt.</p> <p>Mayr: In 1.) Linie Graz-Tarvis. Aber das hängt von Toretta ab. Es hat sich vorläufig nur darum gehandelt, das Verlangen über Österreich der Sozialdemokraten den Entente-Offizieren mitteilen. Die sind, wie ich höre, sehr wild aber ich habe noch nichts gehört.</p> <p>Heinl: Ich kann meinen Standpunkt nicht ändern. Ich halte es für eine Geschmacklosigkeit, eine reine parteimäßige Truppe zum Transport zu übernehmen</p> <p>Wenn sie den Transport nicht durchführen wollen, so haben sie sich eben das selbst zuzuschreiben, wenn der dort bleibt.</p>
--	--

<p>Ziel ist, den Kaiser ungefährdet durch Österreich zu bringen. //</p> <p>Glanz: Ich habe die Nachricht bekommen, dass Deutsch schon herumgeht, um im Heeresamt auszuwählen. Eine Auswahl durch die sozialdemokratische Partei ist gänzlich ausgeschlossen.</p> <p>Ich würde, wenn die Wehrmacht mittun muss, die Auswahl selbst treffen. Eine andere Möglichkeit ist für mich ausgeschlossen. Der Polizeipräsident soll sich über die Auswahlmöglichkeit äußern.</p> <p>Schober: Ich habe immer an einen Autotransport gedacht. Da kann man den Städten ausweichen. Wenn 2, 3 Autos haben, so wird man doch mindestens mit einem über die Grenze kommen. Wenn man Entente-Offizier mitnimmt, eventuell einen Gesandten, so wäre das das adäquate. Das ist aber durch die Beschlüsse überholt. Die Sozialdemokraten haben erklärt, ein Durchbringen des Kaisers, ohne sich mit ihnen zu besprechen, wäre ein Kriegsfall. Möglich ist es, dass man den Kaiser auf diese Art durch ein Auto unter entsprechender Bedingung durchbringt. Aber auch die Frage des Zuges ist gewiss möglich; nur habe ich alle anderen Möglichkeiten als Extrazug für ausgeschlossen erachtet.</p> <p>Paltauf: Wenn die Entente keine Einwendung erhebt, so schiene mir die Begleitung durch die Wehrmacht möglich. Natürlich muss die Auswahl durch Glanz erfolgen.</p> <p>Mayr: Es ist selbstverständlich, dass, wenn der Minister wünscht, seine Recht geltend zu machen, dass der Ministerrat zustimmt. Wären die Herren für den Fall, als die Entente einverstanden ist, einverstanden unter der Bedingung, dass die Auswahl der zwei Offiziere und vier bis sechs Mann durch</p>	<p>Mayr: Ja, das hat Weiskirchner schon gesagt. [13] //</p> <p>Glanz: Ich habe bereits gehört von Müller, dass Deutsch bereits im Heeresamt umgeht und eine Auswahl trifft. Ich kann unter gar keinen Umständen zulassen, dass die Auswahl von jemand anderen erfolgt als vom Minister. Ich würde die Konsequenzen dafür daraus ziehen. Wenn die Wehrmacht überhaupt in Frage kommt, so werde ich selbst die Auswahl treffen. Ob Präsident Schober die Möglichkeit eines Autotransportes ohne Gefährdung des Kaisers für möglich hält.</p> <p>Schober: Ich habe immer nur von einem Autotransport gesprochen. Der Autotransport ist das allerbeste. Man kann die Industriezentren umfahren. Wenn man eine entsprechend sichere Bedeckung mitnimmt, so wäre diese Sicherung möglich.</p> <p>Die Sozialdemokraten haben erklärt, ein Durchbringen, ohne sich mit ihnen zu besprechen, wäre der Kriegsfall. Dass es sich die Regierung überlegt.</p> <p>Auch die Frage der Bahn ist gewiss möglich, doch nur Extrazuges.</p> <p>Paltauf: Wenn die Entente dafür ist, so sollte man darauf eingehen, dass die Wehrmacht mittut.</p> <p>Schober: Insofern hätte es dem Deutsch einfallen können, dass er die Auswahl der Polizisten übernimmt. Peinlich. Ich habe dem Deutsch gesagt, sie sind ja nicht mehr Kriegsminister.</p> <p>Mayr: Wären die Herren einverstanden, wenn man das tut, dass die Auswahl dem Minister überlassen bleibt? Müller, Schoberleitner, Major.</p>
--	--

<p>Minister Glanz erfolgt? Angenommen. Was machen wir, wenn die Entente sagt, wir tun nicht mit?</p> <p>Mayr: Alternative: die Autofrage. Bitte Schober, dass mit der Entente abzumachen. Schober: Ich würde das tun.</p> <p>Mayr: Eine Alternative ist, wenn die Fahrt mit Auswahl der Reichswehr durch Bundesminister Glanz. Wenn die Entente ... Oder Autofahrt, wobei der Entente zu bitten wäre, um Auto und Begleitung. Das zweite wäre dem Schober zu überlassen. Bereithaltung von Hilfsautos durch die Landesregierungen angewiesenen Orte. Heinl: Wie ist es mit der Mitfahrt von Parteienvertretern? Mayr: Die Sozialdemokraten scheinen den ... mit. Christlichsoziale und Großdeutsche lehnen es ab. Heinl soll mit Weiskirchner und Mateja sprechen, dass sie zustimmen, dass Vaugoin mitfährt. [11] Wenn Deutsch Kampf aufsitzt, dass seine Leute mitfahren müssen, dann lassen wir es bei der Autofahrt, wenn die Entente mittut. ½ 8</p> <p>Lindley meint, es müsste Ungarn zur Reichswehr zustimmen. Ich habe gesagt, da müsste die österreichische Regierung ablehnen, wenn Ungarn ablehnt. Ich habe gesagt, dass man dann die Auto-Möglichkeit ins Augen fasse.</p>	<p>Glanz: Wo können wir sechs Mann hernehmen? Heinl: Ehemalige Gardisten? // Paltauf: Es sind doch Truppenteile, die nicht so rot sind. Heinl: Die beim Nuntius Dienst gemacht haben? Paltauf: Wenn die Entente sich nicht beteiligt, so bliebe nur die Autofahrt. Mayr: Ich würde bitten, den Schober mit der Entente das abzumachen. Schober: Ich kann das nur tun, wenn ich autorisiert werde. Einverstanden. Mayr: Also entweder, wenn mit Auswahl durch den Minister, oder Auto, wenn Entente sich beteiligt, ganz dem Polizeipräsidenten zu überlassen.</p> <p>Nur dem Äußeren oder mir mitteilen. Nachricht von ..., wenn Deutsch seine Leute haben will, so lassen wir es auf die Autofahrt ankommen. Vaugoin 12022 Lindley meint, dass Ungarn es nicht zulassen wird, dass begleitet wird. Auto könne man ja besprechen. Es wäre mit, es mit Schober. Es ist ein Missverständnis. [14]</p>
--	---

